

PRESSEMITTEILUNG

DJV mahnt faire Konditionen für FR-Belegschaft an

Berlin, 27.12.2012 – Der Deutsche Journalisten-Verband hat die derzeitigen Eigentümer der Frankfurter Rundschau aufgefordert, mit Hochdruck nach einem Investor zu suchen, der das weitere Erscheinen der Traditionszeitung sichert. Parallel müssten konstruktive Gespräche über einen Sozialplan für die Beschäftigten geführt werden, forderte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken.

„Wir wollen, dass es die FR weiterhin gibt“, sagte Konken. „Ein Ende der Frankfurter Rundschau wäre ein herber Schlag gegen die Medienvielfalt und eine persönliche Katastrophe für die Journalistinnen und Journalisten des Blattes, die durch Einkommensverzicht über Jahre hinweg einen großen Beitrag für den Fortbestand ihrer Zeitung geleistet haben.“ Der DJV-Vorsitzende erwarte von den Eigentümern M. DuMont Schauberg und ddvg, dass sie die Opferbereitschaft der Mitarbeiter durch angemessene Regelungen im Sozialplan anerkennen: „Das sind DuMont Schauberg und die SPD-Medienholding den Beschäftigten der FR schuldig“, sagte Konken. Sollten betriebsbedingte Kündigungen wirklich unvermeidbar sein, hätten die Betroffenen ein Mindestanrecht auf branchenübliche Sozialplanregelungen. „Journalisten sind kein lästiger Ballast, der bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten einfach über Bord geworfen werden kann.“ DuMont Schauberg und ddvg müssten sich ihrer sozialen Verantwortung für die FR-Beschäftigten stellen. Das gelte auch im Hinblick auf diejenigen Kollegen, die freiwillig ausgeschieden seien und nun wegen des laufenden Insolvenzverfahrens um ihre Abfindung bangen müssten.

Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Hendrik Zörner

Bei Rückfragen: Tel. 030/72 62 79 20, Fax 030/726 27 92 13
Sie finden unsere Pressemitteilung auch unter www.djv.de



CHARLOTTENSTR. 17
10117 BERLIN
TEL: 030/72 62 79 20
TELEFAX 030/726 27 92 13
E-MAIL: DJV@DJV.DE
INTERNET: WWW.DJV.DE

